



Bozen am 31. Mai 2022

Mit Applaus ins Burn-out und in den Pflegenotstand

Der Pflegenotstand – die kontinuierliche Zuspitzung der Lage
Mehr Geld für die Pflege und Sozialberufe, was ist daraus geworden.

Wir als Landesverband der Sozialberufe, haben in vielen Presseaussendungen, auf die jetzt eingetretene Situation und auf die Gefahr eines „Pflexits“ hingewiesen.
Zurzeit gibt es einen medialen Schlagtausch, welcher sich mit dem **NICHT** unterschriebenen Vertragsentwurf beschäftigen.

Wer hat Recht, wer hat Unrecht, wer liegt falsch, wer richtig und welche Chancen wurden vertan.
Seit Jahren 10 Jahren reden und schreiben wir als Landesverband der Sozialberufe, über bessere Rahmenbedingungen und Lohngerechtigkeit.

Dabei geht es auch um den Personalschlüssel in den Seniorenwohnheimen und Einrichtungen der Sozialen Dienste.

Dieser muss in Zukunft, auch Reserven für Krisensituationen beinhalten und die Arbeitsbedingungen in der Pflege und Betreuung müssen verbindlich festgeschrieben werden.

Wenn Mitarbeiterinnen über Jahre am Limit arbeiten werden wir diese verlieren, der Arbeitsmarkt bietet ihnen viele Chancen.

Normalerweise wird im Vorfeld, gemeinsam mit ALLEN Systempartnerinnen diskutiert und nach Lösungen gesucht.

Stattdessen wurden bereits im Vorfeld Lösungen kommuniziert „Weg aus der Sackgasse aufgezeigt“ um aus der Sackgasse in der Suche nach qualifizierten Mitarbeiterinnen herauszukommen.

Wir als Landesverband der Sozialberufe haben in mehreren Schreiben, alle Verhandlungspartnerinnen, d.h. die öffentliche Delegation und die Gewerkschaften über unsere Vorstellungen und Vorschläge informiert.

Darauf reagiert haben die Gewerkschaften, von der Arbeitgeberseite gab es keine Antwort und keine Reaktion.

So wurde ein einseitiger Entwurf des zu verhandelnden des Bereichsvertrages, seitens der Arbeitgeberinnen vorgelegt und man wundert sich jetzt, wenn die Gewerkschaften, mit denen wir im direkten Kontakt sind, nicht unterschrieben haben.

Probleme löst man nur gemeinsam, in Gesprächen und Verhandlungen, nicht durch einseitige Vorgaben.

Die Corona-Pandemie, hat uns allen eindrücklich vor Augen geführt, wie dringend wir als Gesellschaft auf die Menschen angewiesen sind, die in den Sozialberufen und in den ambulanten, teilstationären und stationären Diensten arbeiten und deshalb muss jetzt endlich umfassend reformiert werden, mit genügend Personal und fairen Löhnen.

50 Millionen Euro sind zwar viel Geld, aber diese 50 Millionen Euro gelten für einen Dreijahreszeitraum (2022/ 2023/ 2024)

Es ist absurd, in diesem Zusammenhang von Gehaltsanpassungen zu reden, denn verhandelt werden ausschließlich Zulagen und eine Berufsbegleitende Ausbildung.

Wir sind der Meinung, dass:

Die Aufgabenzulagen, sollen für die Sozialberufe, bzw. Sozialbetreuerinnen, Behindertenbetreuerinnen, Altenpflegerinnen 25 % betragen muss und zwar unabhängig davon wo diese arbeiten.

Pflegehelferinnen und Sozialen Hilfskräfte sollen 20 % Aufgabenzulage erhalten, auch unabhängig davon, wo sie arbeiten.

Die Mitarbeiterinnen in den stationären Einrichtungen erhalten ein MEHR durch die Zulage für Turnus- Feiertag und Nachtdienst.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass wir in diesem Zusammenhang nicht von Lohnerhöhungen sprechen können, denn es werden nur Zulagen verhandelt und das obwohl Soziallandesrätin Deeg, des Öfteren von Anpassung der Gehälter gesprochen hat.

Deshalb wiederholen wir, seit nun mehr 10 Jahren unsere Forderung:

- die 6. Funktionsebene für die Sozialbetreuerinnen und die entsprechenden Auslausbilder
- und die 5. Funktionsebene für die Pflegehelferinnen und die entsprechenden Auslausbilder

Das was sich hier abspielt ist " ein Krieg unter den Armen“ denn die Zulagen, wie sie derzeit im zu verhandelnden Vertrag vorgesehen sind, stehen in keinem Verhältnis zudem, was **ALLE** Mitarbeiterinnen in den Sozialberufen leisten.

Zudem gibt es in der geplanten „Berufsbegleitende Ausbildung im Sozialwesen, für Sozialbetreuerinnen und Pflegehelferinnen“ welche im Vertrag verankert werden soll, arbeitsrechtliche Bedenken und eine lückenhafte Aufgabenbeschreiben.

Vor diesem Hintergrund kann ein Vertrag nicht unterschrieben werden, nicht weil etwas verhindert werden soll, sondern weil das der falsche Weg ist.

Wir werden uns weiterhin für die gerechte Verteilung der vorhandenen Ressourcen für ALLE Sozialberufe einsetzen und weiterhin eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Für den Landesverband der Sozialberufe

Die Vorsitzende Valentina Burger und die Geschäftsführung Marta von Wohlgemuth